

## **42. Europaministerkonferenz der deutschen Länder am 06. / 07. Juni 2007 in Brüssel**

**TOP 6:                   Europapolitische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit**  
**Berichterstatter: Niedersachsen**

### **Beschluss**

1. Die Europaminister und –senatoren nehmen den Bericht des Länderarbeitskreises „Europapolitische Kommunikation“ und die darin unterbreiteten Vorschläge zur Kenntnis.
2. Sie begrüßen die neue Kommunikationsstrategie der Europäischen Kommission und das damit verbundene Ziel, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt zu stärken. Hierfür bietet die aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge abgegebene „Berliner Erklärung“ eine gute Orientierung.
3. Sie erwarten jedoch, künftig enger und frühzeitiger in die Planungen einbezogen zu werden, um Synergien zu erzeugen und Planungsunsicherheiten zu vermeiden. Ziel sollte eine verbindliche, partnerschaftlich geplante und abgestimmte Kommunikationsarbeit der Kommission mit den regionalen Maßnahmen der Länder und Regionen in den Mitgliedsstaaten sein, um die Bürgernähe der europäischen Kommunikationsarbeit zu erhöhen.
4. Die Europaminister und –senatoren halten es für notwendig, dass von der Europäischen Kommission transparente Richtlinien erstellt werden, die die Vergabe von Kommissionenmitteln zu Zwecken der Kommunikationsarbeit vereinfachen und den schon mehrfach kritisierten hohen Verwaltungsaufwand reduzieren. Sie bitten die Europäische Kommission, Lösungen zu finden, die es ermöglichen, Projektmittel auch an kleinere und bürgernahe Institutionen weiter zu leiten. Sie regen daher die Senkung der unverhältnismäßig hohen Mindestfördersummen bei Ausschreibungen an und bitten die Europäische Kommission, darauf hinzuwirken, dass haushaltsrechtliche Restriktionen nicht länger die notwendige Flexibilität bei Informationsmaßnahmen verhindern.

5. Die Europaminister und –senatoren erklären ihre Bereitschaft, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern durch zielgruppenspezifische Aktionen zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, Europa verstärkt auch in Schule und Unterricht einzubringen. Sie erwarten bei Aktionen der EU-Kommission, insbesondere im Bildungsbereich, dass die Zuständigkeiten der Länder respektiert und sie rechtzeitig beteiligt werden.
  
6. Die Europaminister und –senatoren erklären ihre Bereitschaft, die Europäische Kommission darin zu unterstützen, das Interesse an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 zu fördern. Hierfür sollten rechtzeitig Absprachen über gemeinsame oder abgestimmte Aktionen getroffen werden.